BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

BÜRGERSCHAFTSKANZLEI
GREMIENBETREUUNG
Gwendolyn Olbrich/Manuela Knieler/
Friederike Lünzmann
Tel.: 040 428 31-2575/-2396/-1352
Fax.: 040 427 31-2271
E-Fax: 040 4279-11034
E-Mail: gwendolyn.olbrich@bk.hamburg.de
manuela.knieler@bk.hamburg.de
friederike.luenzmann@bk.hamburg.de

ANSCHRIFT
Postfach 100902
20006 Hamburg

SITZ
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

BÜRGERSCHAFT ONLINE
www.hamburgische-buergerschaft.de

HAMBURG, DEN 17. APRIL 2023

N E U F A S S U N G (wg. Ergänzung TOP 1i))

Die nächste Sitzung des

Europaausschusses

findet statt am

Montag, dem 24. April 2023, um 16:50 Uhr

im Rahmen einer Videokonferenz.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Richard Seelmaecker (CDU), bittet die Mitglieder sowie ständigen Vertreterinnen und Vertreter, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Tagesordnung:

1. Subsidiaritätsprüfung bei solchen Entwürfen von europäischen Gesetzgebungsakten, die der Bürgerschaft im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Präsidenten des Senats und der Präsidentin der Bürgerschaft in der Fassung vom 6. Februar 2012 (Drucksache 20/3243) durch den Senat zugänglich gemacht worden sind.
   hier: abschließende Beratung gemäß § 53 Absatz 3 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) – Beschluss der Bürgerschaft vom 25. Januar 2012 (Drucksache 20/2991) – zu folgenden Verfahren:

   a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung)

   COM(2023) 094 final - BR-Drs. 114/23

HAMBURGISCHE BÜRGERSCHAFT

b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1242 im Hinblick auf die Verschärfung der CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge und die Einbeziehung von Meldepflichten sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/956

COM(2023) 088 final - BR-Drs. 119/23

c) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1227/2011 und (EU) 2019/942 für einen besseren Schutz der Union vor Marktmanipulation auf dem Energiegroßhandelsmarkt

COM(2023) 147 final - BR-Drs. 120/23

d) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2019/943 und (EU) 2019/942 sowie der Richtlinien (EU) 2018/2001 und (EU) 2019/944 zur Verbesserung der Gestaltung der Elektrizitätsmärkte in der EU

COM(2023) 148 final - BR-Drs. 126/23

e) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Genehmigung und Marktüberwachung von nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten, die auf öffentlichen Straßen verkehren, und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020

COM(2023) 178 final - BR-Drs. 148/23

f) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften zur Förderung der Reparatur von Waren und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinien (EU) 2019/771 und (EU) 2020/1828

COM(2023) 155 final - BR-Drs. 149/23

g) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Führerschein, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2022/2561 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 383/2012 der Kommission

COM(2023) 127 final - BR-Drs. 153/23

- vorbehaltlich der abgeschlossenen kursorischen Prüfung durch Senatskanzlei und Bürgerschaftskanzlei –

Bitte Folgeseite beachten!

h) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die unionsweite Wirkung bestimmter Entscheidungen über den Fahrbefähigungsverlust

COM(2023) 128 final - BR-Drs. 155/23

- vorbehaltlich der abgeschlossenen kursorischen Prüfung durch Senatskanzlei und Bürgerschaftskanzlei -

i) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2009/102/EG und (EU) 2017/1132 zur Ausweitung und Optimierung des Einsatzes digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht

COM(2023) 177 final - BR-Drs. 156/23

- vorbehaltlich der abgeschlossenen kursorischen Prüfung durch Senatskanzlei und Bürgerschaftskanzlei -

2. Verschiedenes

Hinweis: Die Sitzungsdauer wird voraussichtlich 15 Minuten betragen.

Für die Teilnahme an einer Videokonferenz sind mindestens eine Kamera und ein Mikrofon als Eingabegeräte sowie ein Bildschirm und ein Lautsprecher oder Kopfhörer als Ausgabegeräte erforderlich.

Den Teilnehmenden wird der Link zur Anmeldung für die Videokonferenz rechtzeitig vor dem Sitzungstermin per Mail zugeleitet.

Beratungen in Verschwiegenheit sind nicht möglich und Abstimmungen erfolgen als namentliche Abstimmungen in entsprechender Anwendung des § 36 Absatz 2 GO.